

Innere Sicherheit

Faktensammlung

CDU

Innere Sicherheit

Faktensammlung zur Politik der CDU

I. Vorbemerkung

Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land frei und sicher leben können – zu Hause in der eigenen Wohnung, in Straßen und auf Plätzen, in Bussen und Bahnen, bei Tag und bei Nacht. Zu Recht erwarten sie, dass die deutschen Sicherheitsbehörden alle Anstrengungen unternehmen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Die deutschen Sicherheitsbehörden sind gut aufgestellt, um Gefahren zu begegnen. Sie überwachen die islamistische Szene intensiv, bewerten aufmerksam die Entwicklung und tauschen sich dazu im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum aus. Die Zahl der Ermittlungen gegen mutmaßliche Terroristen ist so hoch wie nie. Auch durch die Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten unserer Partner sowie durch die enge Zusammenarbeit unserer Sicherheitsbehörden ist es gelungen, konkrete Terrorpläne in Deutschland zu vereiteln.

Dennoch zeigt der menschenverachtende Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin: Eine absolute Sicherheit wird es nicht geben können. Er ist ein Angriff auf uns alle und das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Dieser Terror wendet sich gegen die Werte unserer freiheitlichen Gesellschaft, gegen unsere Art zu denken, gegen unsere Art zu leben.

II. Was haben wir erreicht?

Die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit. Wir haben in den vergangenen Jahren die Möglichkeiten im Anti-Terror-Kampf weiter verbessert – auch gegen erhebliche Widerstände. Zahlreiche Maßnahmen zeigen: Die CDU arbeitet für die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Sie steht fest an der Seite derjenigen, die Tag für Tag mit hohem Einsatz diese Sicherheit gewährleisten und verteidigen. Sie verdienen unsere Anerkennung, unseren Respekt und unsere Unterstützung.

Mehr Polizisten und bessere Ausstattung

Die Sicherheitsbehörden des Bundes haben wir weiter konsequent gestärkt. Dafür wurden die Haushaltsmittel massiv – um zusätzlich rund 1,9 Milliarden Euro im Zeitraum von 2017 bis 2020 – aufgestockt. Von 2015 bis 2020 gibt es allein für die Bundespolizei 7 500 neue Stellen, über 1 300 neue Stellen für das Bundeskriminalamt und eine erhebliche Verstärkung beim Bundesamt für Verfassungsschutz.

Neue Anti-Terror-Einheit

Mit der neuen Anti-Terror-Einheit „BFE+“ (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit plus) wird die Reaktions- und Durchhaltefähigkeit der Bundespolizei im Falle eines terroristischen Anschlags deutlich erhöht.

Besserer Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden

Durch mehrere Gesetze haben wir erreicht, dass Daten der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder noch besser erhoben und ausgetauscht werden können. Hierzu zählt z. B. das Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Verbesserung des Schengener Informationssystems

Auch in Europa haben wir den Informationsaustausch verbessert: Gewaltbereiten Islamisten ohne deutsche Staatsangehörigkeit kann die Wiedereinreise nach Deutschland untersagt werden. Dies ist unter engen Voraussetzungen auch bei Bürgern der Europäischen Union möglich. Durch konsequentes Speichern von Daten im Schengener Informationssystem und einem Austausch von Fahndungsdaten können Reisebewegungen von sogenannten ausländischen Kämpfern besser erkannt und verhindert werden.

Strafe für Ausbildung in „Terrorcamps“

Unterstützer des islamistischen Terrorismus dürfen in Deutschland keinen Vorbereitungs- oder Rückzugsraum finden. Die CDU hat deshalb das Reisen ins Ausland in terroristischer Absicht unter Strafe gestellt. Danach kann bestraft werden, wer ausreisen will, um dort Terroranschläge zu begehen oder um sich in einem „Terrorcamp“ ausbilden zu lassen.

Strafbarkeit der Finanzierung des Terrors

Die CDU hat einen neuen Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung eingeführt: Damit ist auch das Sammeln von Geldern strafbar. So wollen wir den Nährboden für Radikalisierung und terroristische Gewalt austrocknen und terroristischen Vereinigungen die finanziellen Grundlagen entziehen.

Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze

Die CDU hat eine Verlängerung der Befugnisse zur Terrorismusbekämpfung durchgesetzt. Diese ermöglicht es den deutschen Sicherheitsbehörden, auch in Zukunft effektiv gegen terroristische Bedrohungen vorzugehen.

Speicherfristen für Verbindungsdaten

Um neue Anhänger zu gewinnen, sind Terrororganisationen vor allem im Internet, auf Twitter, Facebook, Instagram oder anderen sozialen Netzwerken aktiv. Oft sind die bei der Internetnutzung anfallenden Verbindungsdaten die einzige Spur, die zu den Terrororganisationen führt. Die CDU hat daher durchgesetzt, Speicherfristen für Verbindungsdaten neu zu regeln (sogenannte Vorratsdatenspeicherung). Gespeichert werden dabei Daten von Telefonverbindungen (z. B. Rufnummern) oder vom Einloggen in das Internet (IP-Adressen).

Online-Durchsuchungen

Die CDU hat auch durchgesetzt, dass das Bundeskriminalamt zur Abwehr des internationalen Terrorismus bereits vorbeugend tätig werden kann. Um etwa Terrorplanungen im Internet zu verhindern, haben wir die Rechtsgrundlage für Online-Durchsuchungen geschaffen. Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden wir gesetzliche Anpassungen vornehmen.

Gemeinsame Terrorismusabwehrzentren und bessere Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden

Im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) für den Bereich des Islamismus und im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) für andere Formen terroristischer Bedrohung arbeiten Verfassungsschutz und Polizei eng zusammen.

Damit ist die Schlagkraft der Sicherheitsbehörden schon vor Jahren gestärkt worden. Diese Zusammenarbeit haben wir inzwischen weiter verbessert.

Europäisches Zentrum zur Terrorismusbekämpfung

Mit der Einrichtung des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung (ECTC) bei Europol ist ein weiterer wichtiger Schritt gelungen.

Zentrale Antiterrordatei

Mit der zentralen Antiterrordatei haben wir ein effektives Frühwarnsystem geschaffen, das Informationen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder zur Vereitelung von Anschlägen und zur Bekämpfung von Terrorismus miteinander vernetzt.

Cyber-Sicherheitsstrategie

Cyber-Sicherheit bedeutet Schutz vor Kriminalität und Terroranschlägen über das Internet und Computersysteme. Die Cybersicherheitsstrategie 2016 zielt auf eine weitere Stärkung der Cyber-Sicherheitsarchitektur und versteht Cyber-Sicherheit als einen gemeinsamen Auftrag an Staat und Wirtschaft. Für die Unterstützung vor Ort sollen mobile Einsatzteams ins Leben gerufen werden.

Nationales Cyber-Abwehrzentrum

Unsere Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern müssen im Kampf gegen die Gefahren aus dem Cyberraum gut aufgestellt sein. Sie brauchen die erforderlichen Befugnisse sowie ausreichende technische und personelle Ausstattung. Das nationale Cyber-Abwehrzentrum wurde hierfür weiter ausgebaut. Die dort unter Federführung des Bundeamtes für Sicherheit in der Informationstechnik zusammengeschlossenen Bundesbehörden gehen gemeinsam gegen Cyberspionage, Cyber-Kriminalität und Cyber-Sabotage vor. Damit haben wir die Schlagkraft der Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus weiter gestärkt.

Personalausweis entziehen

Kampfbereite Islamisten werden an der Ausreise in die Kampfgebiete des IS gehindert. Damit dies noch effektiver geschehen kann, hat die CDU durchgesetzt, ihnen nicht nur den

Reisepass, sondern auch den Personalausweis zu entziehen. So können sie nicht mehr über Drittstaaten, die weder Pass noch Visum verlangen, ausreisen.

Prepaid-Handys nur nach Vorlage eines Ausweises

Die CDU hat durchgesetzt, dass Prepaid-Mobilfunkkarten künftig nicht mehr ohne eindeutigen Identitätsnachweis erworben und in Betrieb genommen werden dürfen. Das Verschleiern von Identität und Kommunikationswegen hatte bisher die Arbeit der Ermittlungsbehörden zum Teil erheblich erschwert.

Effektivere Grenzfahndung

Für eine effektivere Grenzfahndung haben wir ein Gesetz auf den Weg gebracht, das der Bundespolizei die Befugnis gibt, PKW-Kennzeichen mit automatischen Kennzeichenlesegeräten auszulesen. Der Einsatz dieser Systeme soll dabei die Fahndungsmöglichkeiten nach Fahrzeugen und deren Insassen verbessern.

Verbot des Vereins „Die wahre Religion“

Das Verbot der hinter der Koranverteilungskampagne „LIES!“ stehenden Vereinigung „Die wahre Religion“ war ein wichtiger Schlag gegen den radikalen Islamismus in Deutschland und ein klares Signal an die salafistische Szene: Wer für radikalen Islamismus und Terrorismus wirbt, bekommt die ganze Härte des Rechtsstaats zu spüren.

III. Was haben wir vor?

Unser Land ist durch den islamistischen Terror Teil eines weltweiten Gefahrenraums geworden. Darauf müssen wir uns noch besser einstellen. Wachsamkeit ist geboten. Extremisten und Terroristen müssen mit der entschiedenen Wehrhaftigkeit unseres Staates rechnen. Dafür werden wir die Sicherheitsbehörden weiter stärken: durch mehr Personal, bessere Ausstattung und ausreichend Befugnisse. Die Möglichkeiten des Anti-Terror-Kampfes werden wir dort weiterentwickeln, wo es Lücken gibt und unser Recht bisher nicht ausreicht.

Besserer europäischer Informationsaustausch

Auf europäischer Ebene müssen alle Rahmenbedingungen so beschaffen sein, dass die nationalen Sicherheitsbehörden eng zusammenarbeiten und auf gemeinsame Bedrohungen reagieren können. Wir benötigen einen besseren Daten- und Informationsaustausch. Dazu müssen die europäischen Datenbanken des Schengener Informationssystems, des Visa-Informationssystems und der Europäischen Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken besser miteinander vernetzt werden. Zudem ist ein umfassender Informationsaustausch zwischen den europäischen Nachrichtendiensten notwendig.

Europäisches Fluggastdaten-Informationssystem

Wir haben ein Europäisches Fluggastdaten-Informationssystem auf den Weg gebracht. Dieses System wird bis Mitte 2018 aufgebaut. Mit ihm sollen in der Europäischen Union künftig Flugpassagierdaten in nationalen IT-Systemen gesammelt, ausgewertet und untereinander ausgetauscht werden. Das System soll die Sicherheitsbehörden bei der Ermittlung von Straftätern und Terroristen unterstützen und ihre frühzeitige Erkennung bereits bei der Ein- und Weiterreise ermöglichen.

Europäisches Ein- und Ausreiseregister

Für den Kampf gegen den Terrorismus ist es notwendig, dass Zeitpunkt und Ort der Ein- und Ausreise in den Schengen-Raum erfasst werden. Wir müssen in Europa wissen, wer zu uns kommt und wer uns wieder verlässt. Die Verhandlungen über ein solches europäisches Ein- und Ausreiseregister, auf das auch die Sicherheitsbehörden Zugriff haben sollen, sind weit vorangeschritten. Daneben unterstützen wir ein automatisiertes Einreisegenehmigungsverfahren auf der Ebene der Europäischen Union, mit dem über die visafreie Einreise in die EU-Mitgliedstaaten im Vorfeld entschieden werden kann. Durch diese Systeme schaffen wir einen weiteren Gewinn für unsere Sicherheit.

Besseres Frühwarnsystem

Neben den organisierten Terrorismus treten neue Formen der Bedrohung durch Einzeltäter, die den Sicherheitsbehörden bisher nicht aufgefallen sind. Hierfür brauchen wir ein besseres Frühwarnsystem, das den Behörden ein frühes Tätigwerden ermöglicht, sobald es im Rahmen von Asylverfahren oder Integrationsmaßnahmen Hinweise auf eine Radikalisierung gibt.

Ausbau der polizeilichen Anti-Terror-Einheit

Die CDU setzt sich dafür ein, die deutschen Sicherheitsbehörden weiter personell zu stärken. Insbesondere wollen wir, dass die neue Anti-Terror-Einheit „BFE+“ der Bundespolizei weiter ausgebaut wird.

Präsenz der Bundespolizei und verstärkter Einsatz intelligenter Videotechnik

Die Präsenz der Bundespolizei muss zum Schutz von Flughäfen und Bahnhöfen sichtbar erhöht werden. Wir wollen, dass an Gefahrenpunkten verstärkt intelligente Videotechnik zum Einsatz kommt. Darüber hinaus wollen wir die rechtlichen Möglichkeiten zum Einsatz von Videokameras in öffentlich zugänglichen Räumen – wie etwa in Einkaufszentren – und im öffentlichen Personenverkehr verbessern. Eine entsprechende Gesetzesinitiative haben wir eingeleitet.

Bessere Schutzausstattung und Bewaffnung polizeilicher Kräfte

Die CDU setzt sich dafür ein, polizeiliche Einsatzkräfte mit geeigneter Schutzausstattung auszurüsten. Dazu gehören u. a. ballistische Westen und Helme, sondergeschützte Fahrzeuge sowie mobile Kameras (Bodycams). Zudem müssen polizeiliche Einsatzkräfte geeignet bewaffnet sein.

Bundeswehreinsatz im Innern

Angesichts der terroristischen Bedrohungen sollte in besonderen Gefährdungslagen die Bundeswehr zur Unterstützung und unter Führung der Polizei auch im Inland zum Einsatz kommen – wie es verfassungsrechtlich schon heute möglich ist. Wir brauchen ein Konzept, wie die Bundeswehr in solchen Fällen eingesetzt werden kann. Dieses Konzept muss auch praktisch eingeübt werden.

Technische Fähigkeiten erweitern

Unsere Sicherheitsbehörden benötigen exzellentes Knowhow und die beste Technik für die Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus im Netz. Gerade bei der Überwachung verschlüsselter Internet-Kommunikation müssen sie mit der technischen Entwicklung Schritt halten. Die CDU setzt sich daher für den raschen Aufbau der „Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (Zitis)“ ein, um Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz dabei zu helfen, verschlüsselte Nachrichten zu dechiffrieren.

Erweiterte Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden

Die Nutzung von Verbindungsdaten, wie etwa Telefon-Rufnummern oder IP-Adressen, will die CDU auch den Verfassungsschutzbehörden ermöglichen. Auch sollen sie die Befugnis zur „Online-Durchsuchung“ zur Vorbeugung vor terroristischen Aktivitäten bekommen.

Strafe für das Werben für terroristische Vereinigungen

Sympathiebekundungen mit kriminellen oder terroristischen Vereinigungen verbreiten sich über das Internet rasch und in großer Zahl. Sie sind der geistige Nährboden für Radikalisierung bis hin zu terroristischer Gewalt. Wir wollen, dass die Sympathiewerbung für solche Gruppen wieder unter Strafe gestellt wird.

Umfassende Überwachung von Rückkehrern

Wenn Terroristen nach einer Teilnahme an Kampfhandlungen oder Anschlägen im Ausland nach Deutschland zurückkehren, müssen sie so umfassend wie möglich überwacht werden. Hierfür sind viele Maßnahmen erforderlich, angefangen von Meldeauflagen über Überwachung von Kommunikation bis hin zur Überwachung von Personen.

Elektronische Fußfessel für extremistische Straftäter

Verurteilte Extremisten müssen besonders intensiv in den Blick genommen werden. Dafür werden wir gesetzlich regeln, dass die „elektronische Fußfessel“ nach der Haft grundsätzlich bei solchen extremistischen Straftätern zuzulassen ist, die wegen schwerer Vergehen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, der Terrorismusfinanzierung oder der Unterstützung terroristischer Vereinigungen verurteilt wurden.

Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Die CDU tritt dafür ein, dass Deutsche, die in den sogenannten Dschihad ziehen und im Ausland für eine Terrormiliz kämpfen, bei doppelter Staatsangehörigkeit die deutsche verlieren.

Einziehung von sichergestellten Vermögenswerten erleichtern

Wenn der Verdacht einer Straftat wie der Terrorismusfinanzierung besteht, sollen sichergestellte Vermögenswerte unklarer Herkunft eingezogen werden können. Voraussetzung: Das Gericht ist davon überzeugt, dass das Vermögen aus einer rechtswidrigen Tat stammt.

Ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung ist auf Betreiben der CDU eingeleitet worden.

Rückführungsanstrengungen verstärken

Die Anstrengungen zur Rückführung ausreisepflichtiger Asylbewerber müssen verstärkt werden. Da der Vollzug der Ausreisepflicht zu oft an Abschiebehindernissen scheitert, wollen wir, wo notwendig, ergänzende Rechtsgrundlagen schaffen. Dies gilt gerade auch mit Blick auf Marokko, Tunesien und Algerien. Die CDU setzt sich weiter dafür ein, dass diese Länder als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden.

Haftgrund für Abschiebehäft erweitern

Den Haftgrund für Abschiebehäft wollen wir erweitern, wenn von dem Ausreisepflichtigen eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht. In diesem Fall besteht ein besonders hohes öffentliches Interesse an der Sicherung der Rückführung.

IV. Was muss vorbeugend getan werden?

Prävention stärken

Mindestens ebenso wichtig ist es, bereits tätig zu werden, bevor sich jemand radikalisiert. Deshalb wollen wir die Prävention stärken – durch Aufklärung über religiösen Fanatismus, politische Bildung und die flächendeckende Einrichtung von Beratungsstellen zur De-Radikalisierung.

Parallelstrukturen beseitigen

Das Entstehen von Parallelgesellschaften wollen wir verhindern, bestehende Parallelstrukturen beseitigen. Abschottungstendenzen führen allzu oft zu Radikalisierung und Extremismus und einer Abkehr von unserem Rechts- und Wertesystem.

Aggressive Anwerbeversuche verhindern

Die CDU will frühzeitig verhindern, dass Jugendliche und Heranwachsende durch Propaganda und Hassprediger radikalisiert werden und sich salafistischen und islamistischen Gruppen anschließen. Polizei und Ordnungsbehörden müssen alle rechtlichen Möglichkei-

ten ausschöpfen, um aggressive Anwerbeversuche im öffentlichen Raum, auch im Internet, zu verhindern.

Präventionsmaßnahmen und Hilfsangebote für Angehörige

Um ein Abdriften junger Menschen in radikale Strömungen zu verhindern, sind Präventionsmaßnahmen genauso notwendig wie Hilfsangebote für Angehörige. Ein besonderes Augenmerk muss der Islamistszene in Gefängnissen gelten. Der Strafvollzug gilt als eines der größten Rekrutierungsfelder der Salafisten. Präventionsnetzwerke wollen wir intensiver unterstützen und ausbauen.

Forschungsvorhaben zum islamistischen Terror fortsetzen und erweitern

Die CDU setzt sich dafür ein, alle Forschungsvorhaben zum islamistischen Terror und zu den Hintergründen, wie Menschen radikalisiert werden, fortzusetzen und zu erweitern. Daraus müssen die entsprechenden Schlussfolgerungen für den präventiven Bereich gezogen werden.

Stand: 23. Dezember 2016